

Die Wismut AG

oder ab 1954 SDAG Wismut (Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft Wismut) war ein Bergbauunternehmen, das sich zwischen 1946 und 1990 zum weltweit viertgrößten Produzenten von Uran (nach der UdSSR, den USA und Kanada) entwickelt hatte. Das auf dem Territorium der Sowjetischen Besatzungszone und DDR an Standorten in Sachsen und Thüringen geförderte und aufbereitete Uran war die Rohstoffbasis der sowjetischen Atomindustrie. Das Nachfolgeunternehmen Wismut GmbH (mit Hauptsitz in Chemnitz) ist als Bundesunternehmen mit der Sanierung und Rekultivierung der Hinterlassenschaften des Wismut-Bergbaus betraut.

Die Geschichte des Urans ist mit keiner anderen Region der Welt so eng verknüpft wie mit dem sächsisch-böhmischen Erzgebirge. Der Bergbau im Erzgebirge setzte ab dem 12. Jahrhundert mit Silber und Zinn ein; es folgte die Gewinnung weiterer Mineralien. Vor allem in den Silber-Kobalt-Bergwerken im Westerzgebirge war schon seit dem 16. Jahrhundert ein schwarzes, schweres, nutzloses Mineral bekannt, das verschiedentlich dem Eisen oder Zink zugeordnet wurde.

Es entstand der Name „Pechblende“ für dieses Mineral. Als Typlokalität für die Pechblende (bzw. Uraninit) wird Joachimsthal (heute: Jáchymov) im böhmischen Teil des Erzgebirges angegeben. Der Berliner Chemiker Martin Heinrich Klaproth bearbeitete 1789 Material aus der Johannegeorgenstädter Grube Georg Wagsfort und entdeckte darin das Element Uran. Im 19. Jahrhundert wurde Uran in einigen erzgebirgischen Gruben als Nebenprodukt für die Farbenherstellung gewonnen.

In Joachimsthal erreichte dies industrielle Ausmaße (bis 1898 wurden 1600 Tonnen Uranfarben u. a. für die Herstellung von Uranglas erzeugt); es war der erste Uranbergbau (Uran als Hauptprodukt) weltweit. Bis 1898 waren wissenschaftlich 21 Uranminerale bekannt, davon wurden 14 im Erzgebirge zum ersten Mal beschrieben.[3] Das Erzgebirge war eine fast monopolartige Quelle für Uran in der wissenschaftlichen Forschung jener Zeit: Marie und Pierre Curie nutzten große Mengen von Aufbereitungsrückständen aus Joachimsthal für ihre Entdeckung des Poloniums und des Radiums.

Dies hatte große Auswirkungen: Zum einen begann man in Joachimsthal mit der Gewinnung von Radium parallel zur Farbenproduktion; zum zweiten nutzte man stark radioaktive Wässer aus den Gruben zum Aufbau eines bis heute andauernden Kurbetriebes. Vor allem Letzteres

weckte Begehrlichkeiten in Sachsen. Der Freiburger Professor Carl Schiffner betrieb zwischen 1906 und 1911 ein intensives Erkundungsprogramm auf radioaktive Quellen und Mineralvorkommen im Erzgebirge. Er fand mit der Hindenburgquelle die stärkste Quelle in Oberschlema im Marx-Semler-Stolln. In Oberschlema wurde ab 1918 ein Kurzentrum errichtet.

Die detaillierten Untersuchungen von Schiffner waren hochwertiges Ausgangsmaterial für die sowjetischen Experten in der Sowjetischen Besatzungszone nach dem Zweiten Weltkrieg. Einen direkten Uranbergbau gab es in Sachsen vor dem Zweiten Weltkrieg durch das in Kölnsässige Stahlwerk Mark in Johannegeorgenstadt. Ziel war die Urangewinnung zur Herstellung von Uranstahl für Rüstungszwecke. Auch im Schneeberger Revier wurde die Suche nach Uranerzen ab 1910 mit Fördermitteln bezuschusst. Der Versuch eine Urangrube in Niederschlag zu eröffnen, blieben in den 1920er und 1930er Jahren allerdings erfolglos.

Ab 1938 verlagerte sich der Uranbergbau nach St. Joachimsthal. Bald nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs kamen sowjetische Experten ins Land, um den Stand der deutschen Atomforschung zu untersuchen. Das Auffinden von mehr als 100 t Uranoxid in Neustadt-Glewe war ein großer Sprung für das sowjetische Nuklearprogramm. Gleichzeitig begannen Untersuchungen im Erzgebirge, um natürliche Uranvorkommen zu finden. In wieder tschechoslowakischen Joachimsthal lief die Produktion, nun für die Sowjetunion, ohne Unterbrechung weiter. Anlaufstelle in Sachsen war zuerst Freiberg mit dem Bergarchiv und der Bergakademie.

Obwohl viele Uranvorkommen in Sachsen bekannt waren, gab es keine entsprechenden wirtschaftlichen Betrachtungen zur Größe der Vorkommen. Die Professoren Schumacher und Aeckerlein an der Bergakademie erstellten im Auftrag der Sowjetunion eine Analyse der Uranressourcen des Erzgebirges und kamen zu einem ernüchternden Ergebnis von gerade einmal achtzig bis neunzig Tonnen Uran für Johannegeorgenstadt als Ort mit dem höchsten zu erwartenden Potenzial. Am 14. September 1945 bildete die 9. Verwaltung des Ministeriums des Innern der UdSSR die Geologische Gruppe (Геологопоисковая Партия Geologoposkowaja Partija).

Die ihr unterstellte Sächsische Erzsuchgruppe (Саксонская Рудно-Поисковая Партия Saksonskaja Rudno-Poiskowaja Partija) suchte die Uranlagerstätten im Erzgebirge. Die Untersuchungsarbeiten der Sächsischen Erzsuchgruppe begannen im September 1945 und dauerten bis zum 16. März 1946. Die Untersuchung wurde anschließend durch die mit der Anordnung Nr. 720-294 des Ministerrats der UdSSR vom 4. April 1946 rückwirkend zum 1. April 1946 gebildete Sächsische Gewinnungs-

und Erkundungsgruppe (Саксонская Промышленно-Разведочная Партия Saksonskaja Promyschlenno-Raswedotschnaja Partija) weitergeführt. Bergbauanlagen wurden dazu teilweise von der 1944 gegründeten Sachsenenerg Bergwerks AG übernommen. Das Abschlussgutachten vom 16. März 1946 schätzte für Johannegeorgenstadt 22,2 t und für Schneeberg 10 t Uran und empfahl die unverzügliche Aufnahme der Uranförderung in beiden Revieren.

Mit dem Ministerratsbeschluss Nr. 9372 vom 29. Juli 1946 wurde die Sächsische Gewinnungs- und Erkundungsgruppe in die Sächsische Bergbauverwaltung des Ministeriums des Innern der UdSSR, den Vorläufer der späteren Generaldirektion der Wismut AG, mit der Feldpostnummer 27304 der Roten Armee umbenannt. Der Name des Minerals Wismut diente nun als Tarnbezeichnung des Unternehmens. Sie setzte die begonnenen Arbeiten fort und erweiterte sie auf die Standorte Annaberg und Marienberg. Während 1946 schon 15,7 t Uran gefördert wurden, stieg das Ausbringen 1947 bereits auf 145 t Uran an und die Wismut wurde zum wichtigsten Uranproduzenten im Machtbereich der UdSSR.

Wismut AG (1947–1953) Abgesichert von Truppen des sowjetischen MWD kam die Produktion gut voran und erreichte 1950 erstmals mehr als eintausend Tonnen Uran pro Jahr. Bis zum Ende dieses Jahres hatte die Wismut und der ihr vorangegangene Bergbau rund 2500 t Uran an die Sowjetunion geliefert, gegenüber einer sowjetischen Eigenproduktion von etwa 1000 t Uran sowie weiteren rund 850 t aus der Tschechoslowakei, Bulgarien und Polen. Etwa ab Mitte 1949 dehnte sich das Arbeitsgebiet der Wismut auch nach Thüringen aus, in dessen südlichen und östlichen Teilen Uranerze gefunden wurden. Neben den eigentlichen Bergbau- und Aufbereitungsanlagen übernahm oder gründete die Wismut auch Maschinenbau-, Instandhaltungs- und Versorgungsbetriebe.

Einzelne Schächte und Betriebe wurden zu sogenannten „Objekten“ zusammengefasst, von denen 1953 im Süden der DDR 22 bestanden. Am 22. August 1953 unterzeichneten die UdSSR und die DDR ein Abkommen, in dem die beiden Regierungen die Liquidierung des deutschen Zweigs der Wismut AG und die Neugründung der „Sowjetisch-Deutschen Aktiengesellschaft Wismut“ beschlossen.

Die Gesamtproduktion der Wismut AG bis zu ihrer Liquidierung am 31. Dezember 1953 lag bei rund 10.000 t Uran. SDAG Wismut (1954–1991) Zum Jahresende 1953 wurde die Wismut AG liquidiert und als Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft (SDAG) neu gegründet, die bis

1991 existierte. Die SDAG übernahm alle Anlagen der Wismut AG, wurde aber nicht deren Rechtsnachfolger. Das Aktienkapital wurde zur Gründung auf zwei Milliarden Mark festgesetzt, wobei die DDR und die UdSSR je die Hälfte besaßen. Die DDR musste ihren Aktienanteil allerdings in Raten von jeweils 200 Mio. Mark pro Jahr von der UdSSR kaufen. Der Hauptsitz der Gesellschaft wurde von der Wismut AG in Karl-Marx-Stadt/ Siegmara übernommen (Chemnitz).

Die SDAG nahm ihre wirtschaftliche Tätigkeit am 1. Januar 1954 auf. Zu diesem Tag standen 32.632 t Uran in der Vorratsbilanz der Wismut. In den Jahren 1962, 1968 und 1975 wurden zwischen der DDR und der UdSSR mehrere Abkommen zur Verlängerung der Tätigkeit der SDAG Wismut getroffen – das Abkommen von 1975 galt bis zum Jahr 2000. Die Beschäftigtenzahl, die 1953 mit 132.800 ihren Höhepunkt erreicht hatte, sank bis 1962 auf etwa 45.000 und blieb bis Ende der 1980er Jahre fast unverändert.

In den 1950ern erfolgten auch intensive Modernisierungsmaßnahmen, was zu einer Verbesserung der Arbeitssituation der Beschäftigten sowie zur Erhöhung der Produktivität führte. So wurden moderne leistungsfähige Schachtanlagen auf den Lagerstätten Ronneburg und Niederschlema geteuft und nach dem 1951 in Betrieb gegangenen Aufbereitungsbetrieb in Crossen ein weiterer zentraler Betrieb in Seelingstädt eröffnet.

Über die Jahre wurde die technische Basis durch Hilfsbetriebe in Aue, Zwickau, Grüna und Karl-Marx-Stadt erweitert. Außerdem erhielten die Bergleute unter Tage modernere Technik. In den 1960er Jahren verfügte die Wismut über einen technischen Stand, der dem weltweiten Niveau gleichartiger Bergbauunternehmen entsprach. In diesen Zeitraum fielen auch die Entdeckungen der letzten beiden bedeutenden Uranlagerstätten in Königstein (Sächsische Schweiz) und Pöhla. Anfang der 1970er Jahre hatte sich die SDAG das Ziel gesetzt, Uran zu Weltmarktpreisen zu produzieren. Allerdings verschlechterte sich die Vorratssituation ab Mitte der 1970er Jahre.

Bis 1976 konnte durch stete Erkundung der Vorratsstand ständig erhöht werden, in den nachfolgenden Jahren hingegen überstieg die Vorratslöschung die Menge der neu erkundeten Vorräte. Weil außerdem auch die Weltmarktpreise sanken, konnte dieses Ziel letztendlich niemals erreicht werden. 1989 stellten der Bergbaubetrieb „Willy Agatz“ in Freital sowie die Aufbereitungsanlage Crossen ihren Betrieb ein. Im gleichen Jahr wurde beschlossen, auch die Uranförderung des Bergbaubetriebes Beerwalde auf der Ronneburger Lagerstätte einzustellen.

Die politischen Geschehnisse überholten allerdings die Planung für die

SDAG Wismut. Nach der Wende, im Jahr 1990, einigten sich die DDR und die UdSSR darauf, die Tätigkeit der SDAG Wismut zum 1. Januar 1991 einzustellen, was die meisten der zehntausend Beschäftigten ihren Arbeitsplatz kostete. Da sich die UdSSR bereits 1990 weigerte, vereinbarte Uranlieferungen abzunehmen und zu bezahlen, geriet die SDAG in ernsthafte finanzielle Schwierigkeiten. Die drohende Zahlungsunfähigkeit konnte nur unter Aufnahme von Krediten abgewendet werden, die durch Bundesbürgschaften ermöglicht wurden.

Mit der deutschen Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 ging der DDR-Anteil der SDAG auf die Bundesrepublik Deutschland über, wodurch ab diesem Zeitpunkt die Verantwortlichkeit beim Bundesministerium für Wirtschaft lag. Am 16. Mai 1991 wurde zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR ein Abkommen getroffen, mit dem die sowjetischen Anteile des Unternehmens unentgeltlich an die Bundesrepublik übergingen. Das Abkommen trat am 20. Dezember 1991 in Kraft, am darauffolgenden Tag löste sich die Sowjetunion auf.

Um langwierige Verhandlungen zu vermeiden, hatte die Bundesrepublik darauf verzichtet, auf eine Beteiligung der UdSSR an den Sanierungsmaßnahmen zur Wiedernutzbarmachung der ehemaligen Betriebsflächen zu bestehen. Am 18. Dezember 1991 trat das durch den Bundestag beschlossene „Wismut-Gesetz“ in Kraft, das die Umwandlung der SDAG in eine bundeseigene GmbH regelte. Bereits zwei Tage zuvor trat der Vorstand der SDAG Wismut zum letzten Mal zusammen und entband die Generaldirektion sowie sich selbst von seinen Aufgaben.

Zwischen 1946 und Ende 1990 lieferten die Aufbereitungsbetriebe der SDAG Wismut und ihrer Vorläufer 216.300 t Uran. Die Bergbaubetriebe selbst hatten im gleichen Zeitraum Gewinnungsumfänge von 231.300 t Uran bei einer Ressourcenlöschung von 251.510 t.

Die Differenzen stellen Gewinnungsverluste während des Abbaus, Transport und der Aufbereitung der Erze dar. Damit lieferte die DDR etwa ein Drittel des im sowjetischen Einflussbereich geförderten Urans bis 1990. Die letzte Vorratsbilanz der SDAG Wismut lag zum 1. Januar 1991 vor. Diese nannte gelöschte Vorräte in Höhe von 251.510 t Uran, Bilanzvorräte von 57.922 t Uran sowie prognostische Ressourcen von 74.079 t Uran.

Nach 1990 fand in Ronneburg, Niederschlema-Alberoda und Pöhla ein geringer „Entsorgungsbergbau“ statt, um die Kontaktfläche zwischen anstehendem Uranerz und dem späteren Flutungswasser zu minimieren. In Königstein fiel bei der Grubenwasseraufbereitung Uran an, das durch Verkauf „entsorgt“ wurde.

Im Rahmen des Sanierungsbergbaus wurden zwischen 1991 und 2011 an allen Standorten insgesamt 3.089 t Uran gewonnen und durch Verkauf Erlöse in Höhe von ca. 67 Millionen Euro erzielt. Die letzte Uranlieferung verließ den Sanierungsbetrieb Königstein am 1. Juni 2021. Deutschland schied offiziell aus dem Kreis der uranproduzierenden Staaten aus.

Wikipedia (Auszug)